



Freistaat Preußen

Administrative Regierung

Besondere Angelegenheiten

Verkehrsministerium
Mozartstraße 25

D-[17109] Demmin

www.freistaat-preussen.world

An die POLIZEI-Inspektion Neubrandenburg
Leiter [REDACTED]

Begüinenstraße 2
[17033] Neubrandenburg

Fax: 0395 5582 5006

An das POLIZEI Hauptrevier Demmin

Polizeihauptmeister [REDACTED] und Polizeikommissarin [REDACTED]

Rudolf-Breitscheid-Straße 11
[17109] Demmin

Fax: 03998 254 277

Protestnote

Werter Herr Polizeioberrat Roloff, werter Herr Polizeihauptmeister Andreas Deichmann und werter
Polizeikommissarin Corinna Dobat,

von unserer Staatsangehörigen der Frau [REDACTED] erfuhren wir, daß sie von
Bediensteten des Polizeireviers Demmin am 23. Juli 2018 um 18.50 Uhr vor Demmin genötigt
wurde, ihre Autofahrt vorzeitig zu beenden.

Das POLIZEI-Fahrzeug mit Kennzeichen MVL 33042 hatte in einem Seitenweg von Siedenbrünzow
gewartet und folgte ihr ab da, um sie nach dem folgendem Dorf anzuhalten.
Obwohl ihre Frage: „Ist Gefahr im Verzug?“, verneint wurde, hatten die Bediensteten [REDACTED]
[REDACTED] und [REDACTED] es darauf abgesehen, unsere Staatsangehörige mit Vorsatz nach
bundesdeutschen Dokumenten zu durchsuchen. Sie nötigten ihr eine Kopie eines angeblichen
Beschlusses von der Firma Amtsgericht Greifswald auf. Dieser war weder von einem Richter
unterschrieben noch war er in keiner Weise formgerecht, zwei zusammengeheftete zerknitterte
Blätter, also ein Entwurf ohne Rechtskraft.

Die Bediensteten machten sich der Personenstands Fältschung, Diskriminierung, Folter, Bedrohung
und Nötigung schuldig.

Weil die Staatsangehörige des Freistaat Preußen, die Frau [REDACTED], alle Verträge
mit der Bundesrepublik gekündigt hat, ist das Verwaltungs-, Zustellungs- und Vollstreckungsgesetz
des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Ihrem Fall nicht anzuwenden.

Seit dem 27. April 2018 mit Beendigung der Nachkriegsordnung durch Frau Merkel verkündet, endet auch die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Besatzungssatut „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ als Verwaltung des Vereinten Wirtschaftsgebietes der westalliierten Mächte auf den Territorien der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland. Seit dem 27. April 2018 untersteht die BRD-Verwaltung der administrativen Regierung des Freistaats Preußen, gleichzeitig Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland, sowie den administrativen Regierungen der sich in Reorganisation befindenden Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland.

Somit gelten jetzt hier in Pommern auf dem Grund und Boden des Freistaat Preußen die Gesetze des Deutschen Reichs.

Zu Ihrer Information:

Es wurde am 24. Juli 2018 ein Strafantrag und Strafanzeige gegen die beteiligten Bediensteten der POLIZEI-Inspektion Neubrandenburg als übergeordnete Dienststelle und das POLIZEI-Revier Demmin bei den alliierten Mächten aufgegeben.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen jegliche Zwangsmaßnahmen bei unseren Staatsangehörigen. Wer den Freistaat Preußen als Völkerrechtssubjekt und als Staat nicht anerkennt und im Auftrag oder im Namen von BRD- oder EU-Institutionen mit Zwangsmaßnahmen zum Zweck der Plünderung und Vertreibung mit Gewalt oder mit Androhung von Gewalt gegen Staatsangehörige des Freistaats Preußen vorgeht, macht sich gemäß §81 Strafgesetzbuch des deutschen Reichs strafbar.

Die Wegnahme der vom Freistaat Preußen zugelassenen KFZs oder deren preußische KFZ-Kennzeichen ist ebenfalls eine strafbare Handlung.

Diese Straftaten können gemäß Strafgesetzbuch des Deutschen Reichs strafrechtlich verfolgt werden.

Gegeben zu Demmin am 26. Juli 2018

Anlagen:

Notverordnung Nr. 11072018
Amtsblatt Nr. 16 vom 05. März 2018
Amtsblatt Nr. 18 vom 05. Mai 2018
Amtsblatt Nr. 19 vom 05. Juni 2018
Amtsblatt Nr. 20 vom 05. Juli 2018

Mit freundlichen Grüßen



Steen a.d.f. 4221

Verkehrsministerium



Freistaat Preußen

Administrative Regierung und
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland
in der Funktion des persistent objector
- ius cogens -

Notverordnung Nr. 11072018

(Gemäß Art. 55 der Verfassung des Freistaats Preußen vom 30. November 1920)

Zum Schutz der Staatsangehörigen

Der Freistaat Preußen hat weder seine Bodenrechte im Gebietsstand vom 30. Juli 1914, noch seine Souveränitätsrechte an die Bundesrepublik Deutschland übertragen und der Freistaat Preußen hat seine Staatlichkeit nicht aufgegeben.

Wer den Freistaat Preußen als Völkerrechtssubjekt und als Staat nicht anerkennt und im Auftrag oder im Namen von BRD- oder EU-Institutionen mit Zwangsmaßnahmen zum Zweck der Plünderung und Vertreibung mit Gewalt oder mit Androhung von Gewalt gegen Staatsangehörige des Freistaats Preußen vorgeht, macht sich gemäß § 81 Strafgesetzbuch des Deutschen Reichs strafbar.

Die Wegnahme der vom Freistaat Preußen zugelassenen KFZ's oder deren preußische KFZ-Kennzeichen ist ebenfalls eine strafbare Handlung.
Diese Straftaten können gemäß Strafgesetzbuch des Deutschen Reichs strafrechtlich verfolgt werden.

Die Nachkriegsordnung ist seit dem 27. April 2018 ~~zu~~ Ende. Das Besatzungsstatut „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ vom 23. Mai 1949 ist damit auch zu Ende.

Es sind alle Gesetze des Deutschen Reichs im Rechtsstand vom 30. Juli 1914, zwei Tage vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs sowie alle Gesetze des Freistaats Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932, zwei Tage vor der gewaltsamen Einverleibung Preußens in die Weimarer Republik / Drittes Reich (Preußenschlag) auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen im Gebietsstand 1914 gültig.

Gesetze der Bundesrepublik Deutschland, welche den Gesetzen des Deutschen Reichs und des Freistaats Preußen nicht widersprechen und nicht entgegen stehen, bleiben so lange weiterhin in Kraft, bis diese von der gesetzgebenden Gewalt des Freistaats Preußen bzw. des Deutschen Reichs aufgehoben werden.

Diese Notverordnung tritt am 11. Juli 2018 mit der Veröffentlichung in Kraft.

Gegeben zu Berlin, am 11. Juli 2018



*Adolf Camillo
a. d. T.
v. Richthausen*



Deutsches Reich in der Funktion des persistent objector

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich innerhalb der Reichsgrenzen 1914, 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer Reorganisation seiner Gliedstaaten

- ius cogens -

Präsidium des Deutschen Reichs

Amtsblatt Nr. 16 vom 05. März 2018

Öffentliche Bekanntmachung
www.Staatenbund-DeutschesReich.info

Strafbefehle von terroristischen Vereinigungen

Strafprozeßordnung (StPO) § 407 Zulässigkeit

„(1) Im Verfahren vor dem Strafrichter und im Verfahren, das zur Zuständigkeit des Schöffengerichts gehört, können bei Vergehen auf schriftlichen Antrag der Staatsanwaltschaft die Rechtsfolgen der Tat durch schriftlichen Strafbefehl ohne Hauptverhandlung festgesetzt werden. Die Staatsanwaltschaft stellt diesen Antrag, wenn sie nach dem Ergebnis der Ermittlungen eine Hauptverhandlung nicht für erforderlich erachtet.“

Strafgesetzbuch (StGB) §129a Bildung terroristischer Vereinigung

„(1) Wer eine Vereinigung (§ 129 Absatz 2) gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, 1. ... Völkermord (§ 6 des Völkerstrafgesetzbuches) oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 des Völkerstrafgesetzbuches) ... zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, wird, mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.“

StGB § 129 Bildung krimineller Vereinigung

„(2) Eine Vereinigung ist ein auf ... Ausprägung der Struktur unabhängiger organisierter Zusammenschluß von mehr als zwei Personen zur Verfolgung eines übergeordneten gemeinsamen Interesses“

Alle Vergehen vor Erlass eines Strafbefehls sind richterlich zu würdigen (§ 408 StPO -Richterliche Entscheidung über einen Strafbefehlsantrag). Für den Strafbefehl ergibt sich aus § 35 Absatz 2 Satz 1 StPO die Pflicht zur Bekanntgabe und Zustellung gemäß StPO §§ 36,37. Nicht zugestellte Strafbefehle entwickeln keine Einspruchsmöglichkeit und sind i.S.d. § 410 (3) StPO ohnehin nicht rechtskräftig.

Im Volltext zu StGB § 129 werden keine Mitglieder/Bedienstete von **Gerichten, Staatsanwaltschaften, POLIZEI, Behörden, Justizvollzugsanstalten** etc. pp. ausgeschlossen. Auch alle Polizeimaßnahmen für Vollstreckungen eines Strafbefehls ohne richterliche Anordnungen sind Straftaten.

Weil Urteile, Beschlüsse, Durchsuchungsanordnungen, Haftbefehle etc. pp. im **Gewohnheitsrecht der BRD** von keinem gesetzlichen Richter unterschrieben werden müssen, wird ein **vorgetäuschter Rechtsweg für terroristische Vereinigungen i.S.d. § 129a StGB** eröffnet.

Mit dem ausgestellten **Staatsangehörigkeitsausweis gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913** von einem Bundesstaat des Deutschen Reichs bekunden die Deutschen bei Gericht gemäß Art. 101 GG wieder ihre Rechte aus den Völkerrechtsverträgen gemäß Art. 25 GG und stehen wieder unter den humanitären Völkervertragsrechten gemäß Art. 123 GG, wie den Schutzrechten der **Genfer Konventionen** und der **Haager Landkriegsordnung (HLKO)**.

Nach Hitlers Verordnung vom 05. Februar 1934 (StAG) kann der **Artikel 116 (1) GG** in den bundesdeutschen Gesetzen nur noch auf **Staatenlose (Personalausweis, Reisepaß)** sowie Deutsche, die sich auf Antrag zur Feststellung ihrer Abstammung nach RuStAG urkundlich (Gelber Schein) von der BRD nazifizieren lassen, angewendet werden! Mit Urteil vom 03.02.2012 hat der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag völkerrechtsverbindlich die **Rechtsnachfolge des Dritten Reichs durch die BRD** festgestellt.

Gemäß **Art. 139 Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland (GG) verantworten sich alle Bedienstete einer nazifizierten Behörde bei Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht gemäß Völkerstrafgesetzbuch §§ 5 bis 7.

**Diese strafrechtliche Verfolgung verjährt
NIE !!**



R.



Deutsches Reich / Deutschland

in der Funktion des persistent objector

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich innerhalb der Reichsgrenzen 1914, 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer Reorganisation seiner Gliedstaaten

Präsidium des Deutschen Reichs

- ius cogens -

Amtsblatt Nr. 18 vom 05. Mai 2018

Öffentliche Bekanntmachung
www.Staatenbund-DeutschesReich.info

Reichsbürger in deutschen Amtsstuben?

Wer ist ein Reichsbürger?

Mit der nationalsozialistischen Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05. Februar 1934 wurde durch das Nazi-Regime folgendes verordnet:

§ 1 (1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit [hier: „deutsch“] (Reichsangehörigkeit)

Mit dieser Verordnung (Gleichschaltung R=StAG; Neues Staatsrecht Auflage 1936 Seite 54) wurde unseren Vorfahren die Staatsangehörigkeit ihres Bundesstaates im Staatenbund des 2. Deutschen Reichs/Deutschland mit einem völkerrechtswidrigen Verwaltungsakt entzogen. Damit verloren unsere Vorfahren und auch ihre Abkömmlinge die Bodenrechte ihres Glied-/Bundesstaates wie z.B. in Preußen, Bayern, Sachsen, Baden, Württemberg, Hessen, etc. pp. und sie verloren gleichzeitig die Völkervertragsrechte, wie z.B. der Genfer Menschenrechtskonventionen oder der Haager Landkriegsordnung, weil deren Geltungsbereiche immer in den Grenzen der einzelnen Vertragsstaaten liegen.

Die Menschen wurden mit der deutschen Staatsangehörigkeit „deutsch“ de jure und de facto völkerrechtswidrig staatenlos gemacht, denn es gibt hier in Europa bis heute keinen Staat „Deutsch“. Auf die deutsche Staatsangehörigkeit [staatenlos/deutsch] aufbauend wurde das Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (Drittes Reich) geschaffen.

§ 2 (1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.

Diese Staatenlosen der Nazi-Zeit verwaltet die BRD, als Rechtsnachfolger des Dritten Reichs, sich auch Bund, BRD, Germany etc. pp. nennend, mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) im Artikel 116 und sie führt eine Staatsangehörigkeit gemäß StAG im „Gelben Schein“ fort.

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt [...]

Als offenkundiger Rechtsnachfolger des Dritten Reichs und handlungsfähiger deutscher Staat seit 23. Mai 1949 hat die BRD ihr Staatshoheitsgebiet am Südpol in der Antarktis, dessen Kartierung öffentlich bekannt gegeben im Bundesanzeiger Nr. 149 vom 05. August 1952, herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz: „Bekanntmachung über die Bestätigung der Entdeckung von ‚Neu-Schwabenland‘ im Atlantischen Sektor der Antarktis durch die Deutsche Antarktische Expedition 1938/39 erfolgten Benennung geographischer Begriffe.“

Die Befugnisse der „Reichsbürger“ enden daher an den Außengrenzen Neuschwabenlands.

- Die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit „deutsch“ darf nicht erteilt werden, gemäß Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) § 22
„1. Beamten, Richtern, Soldaten der Bundeswehr und sonstigen Personen, die in einem öffentlich rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis stehen, solange ihr Dienst- oder Amtsverhältnis nicht beendet ist, [...]“





Deutsches Reich / Deutschland

in der Funktion des persistent objector

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich
innerhalb der Reichsgrenzen 1914, 2 Tage vor Ausbruch des
1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand
vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit
seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer
Reorganisation seiner Gliedstaaten

Präsidium des Deutschen Reichs

- ius cogens -

Amtsblatt Nr. 19 vom 05. Juni 2018

Öffentliche Bekanntmachung
www.Staatenbund-DeutschesReich.info

Nachkriegsordnung ist zu Ende - BRD aufgehoben

Öffentliche Bekanntgabe durch Frau Bundeskanzlerin Merkel am 27. April 2018 bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Herrn Präsident Trump im Weißen Haus: (Original-Video)

„Diese Zeit der Nachkriegsordnung ist zu Ende. Sie ist mehr als 70 Jahre her [...] und wir müssen auch als Deutsche lernen, mehr Verantwortung zu übernehmen.“

Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat des Deutschen Reichs besitzt

gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913

Mit dem Ende der Nachkriegsordnung gilt sofort die Verfassung des Deutschen Reichs / Deutschland vom 16. April 1871 sowie der Rechtsstand 1914, zwei Tage vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Für den Freistaat Preußen gilt die Verfassung des Freistaats Preußen vom 30. November 1920 und der Rechtsstand 18. Juli 1932, zwei Tage vor der völkerrechtswidrigen, gewaltsamen Einverleibung Preußens in die Weimarer Republik / Drittes Reich – ius cogens – i.V.m. den Ausführungsgesetzen zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs vom 27. November 2016.

Alle Völkerrechtsverträge wie z.B. das humanitäre Völkerrecht und die Haager Landkriegsordnung sind gültig und vorrangig zum Schutz der indigenen, autochthonen, deutschen Völker anzuwenden.

Reichsstrafgesetzbuch v. 1. Januar 1872

Erster Abschnitt. Hochverrath und Landesverrath

§ 81.

Wer außer den Fällen des §. 80. es unternimmt,

1. [...]
 2. die Verfassung des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaates oder die in demselben bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern,
 3. das Bundesgebiet ganz oder theilweise einem fremden Staate gewaltsam einzuverleiben oder einen Theil desselben vom Ganzen loszureißen, oder
 4. das Gebiet eines Bundesstaates ganz oder theilweise einem anderen Bundesstaate gewaltsam einzuverleiben oder einen Theil desselben vom Ganzen loszureißen,
- wird wegen Hochverraths mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft.
[...]

- Seit dem 27. April 2018 sind alle für die Zeit der Nachkriegsordnung geltenden Gesetze, Gesetzesänderungen, Verordnungen, Richtlinien etc. pp. aufgehoben. Die BRD besitzt keine gesetzgebende Gewalt.

Die Nachkriegsordnung ist zu Ende!



Ru-



Deutsches Reich / Deutschland

in der Funktion des persistent objector

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich innerhalb der Reichsgrenzen 1914, 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer Reorganisation seiner Gliedstaaten

Präsidium des Deutschen Reichs

- ius cogens -

Amtsblatt Nr. 20 vom 05. Juli 2018

Öffentliche Bekanntmachung
www.Staatenbund-DeutschesReich.info

Gerichtsverfassungsgesetz - Gerichte sind Staatsgerichte

„[...] Ein Justizkollegium, das Ungerechtigkeiten ausübt, ist gefährlicher und schlimmer als eine Diebesbande. Vor dieser kann man sich schützen, aber vor Schelmen, die den Mantel der Justiz gebrauchen, um ihre üblen Passionen auszuführen, kann sich kein Mensch hüten; die sind ärger als die größten Spitzbuben.“ (Zitat König Friedrich II.; Protokoll vom 11.12.1779 zum Arnold-Prozeß)

Mit dem Ende der Nachkriegsordnung seit dem 27. April 2018 gilt der völkerrechtskonform letzte Verfassungs- und Rechtsstand auf den Gebieten der Völkerrechtssubjekte, der souveränen Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland.

Es gilt die Verfassung des Deutschen Reichs /Deutschland vom 16. April 1871 sowie der Rechtsstand 1914, zwei Tage vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs in den völkerrechtlich anerkannten Staatsgrenzen der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland von 1914. Für die einzelnen Glied-/Bundesstaaten sind die völkerrechtskonform letzten Staatsverfassungen gültig. Für den Freistaat Preußen gilt die Verfassung des Freistaats Preußen vom 30. November 1920 und der Rechtsstand 18. Juli 1932, zwei Tage vor der völkerrechtswidrigen, gewaltsamen Einverleibung Preußens in die Weimarer Republik / Drittes Reich

- ius cogens -

Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877, Änderungsstand: 27. Mai 1910; RGBl. 3766, Nr. 26 gilt fort:
§ 15 „Die Gerichte sind Staatsgerichte.

Die Privatgerichtsbarkeit ist aufgehoben, an ihre Stelle tritt die Gerichtsbarkeit desjenigen Bundesstaates, in welchem sie ausgeübt wurde. [...]“

§ 16 „Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. [...]

Strafgesetzbuch des deutschen Reichs vom 15. Mai 1871 (RGBl. S. 127) gilt fort:

§ 339 „(1) ein Beamter, welcher durch Missbrauch seiner Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Missbrauchs derselben Jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich nöthigt, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.“

Bürgerliches Gesetzbuch des Deutschen Reichs vom 18. August 1896 (RGBl. S. 195, in Kraft seit 1.1.1900 gilt fort:

§ 823 „Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigenthum oder ein sonstiges Recht eines Anderen widerrechtlich verletzt, ist dem Anderen zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens verpflichtet.[...]“

Die Ausführungsgesetze zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs (AzRR) vom 27. November 2016 zur Überwindung der Nachkriegsordnung in Deutschland sind gültig, zu beachten und umzusetzen!

